

LandtagsNachrichten

Mecklenburg-Vorpommern

Jubiläum
Fest der Superlative

Debatte
Tag der Befreiung

Aktuell
Mindestlohn

Vorschau
Jugend im Landtag



Jahrgang 17
4 / 2007

Inhalt

Schlossjubiläum	
Festakt zum 150. Jubiläum des Schweriner Schlosses	3
Aus dem Plenum	
<i>Aktuelle Stunde:</i>	4 – 5
Mindestlohn – Chance für M-V	
<i>Weitere Themen:</i>	6 – 8
Nichtraucherschutzgesetz	
Nein zum Bombodrom	
Weltkulturerbe Schweriner Schloss	
Wettbewerb Familienfreundliche Kommune	
Kindergipfel	
Berufsausbildung	
Nachtragshaushalt 2007	
<i>Auszüge aus der Debatte:</i>	13 – 19
Entschießung zum Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus	
Aus den Ausschüssen	20 – 21
<i>Petitionsausschuss:</i>	
Interview mit der Ausschussvorsitzenden Barbara Borchardt	
<i>Agrarausschuss:</i>	
Öffentliche Anhörung Grüne Gentechnik	
<i>Europa- und Rechtsausschuss:</i>	
Brüsselreise	
Panorama	22 – 23
Landesfinale „Jugend debattiert“	
Jugend im Landtag 2007	
Volksinitiative zur Landesverfassung	
Sterneaktion für Schlosskirche	
IHK-Initiative „Blickpunkt Schloss“	
Schlossjubiläum	9 – 12
Fest der Superlative – Impressionen vom Schlossjubiläum	

Impressum

Herausgeber:
Landtag Mecklenburg-Vorpommern
 - Öffentlichkeitsarbeit -
 Schloss, Lennéstraße 1, 19053 Schwerin,
 Fon: 0385 / 525-2183, Fax 525 2151,
 E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@landtag-mv.de
 Internet: www.landtag-mv.de

Redaktion:
 Referat Öffentlichkeitsarbeit, Claudia Richter

Grundlayout: Sinnecker und Freie

Herstellung:
 DELEGO Wirtschaftsverlag Detlev Lüth
 Klöresgang 5, 19053 Schwerin
 Fon: 03 85 / 48 56 3-0, Fax: 48 56 3-24

Titelbild:
 Grandiose Licht- und Lasershow zum
 Schlossjubiläum.

Bildnachweis:
 Balewski (3/1-2, 4/1-3, 5/1-5, 15/1)
 Büttner (6/1, 7/1, 8/1)
 Cordes (9/8, 18/2)
 Fraktion der Linkspartei.PDS (20/1)
 Kettler (Titelfoto, 13/1, 14/1, 15/2, 17/1-2, 19/1
 20/1, 22/2)
 Landtagsverwaltung/Lange (22/1,
 Landtagsverwaltung/Richter (23/2-3)
 Landtagsverwaltung/Strätker (21/2)
 Nordkurier (2/1)

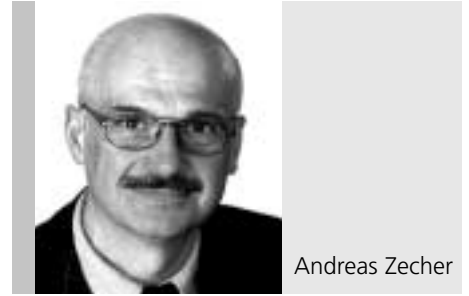
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung des Herausgebers wieder. Alle Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die LandtagsNachrichten können kostenlos bezogen werden. Bestellungen sind an den Herausgeber zu richten.

Wofür steht der 8. Mai?

Wofür steht der 8. Mai in der Geschichte unseres Landes? Die Debatte über die „Entschießung zum Jahrestag der Befreiung vom Nationalsozialismus“ auf der 16. Landtagssitzung hat deutlich gemacht, dass es unter und in den demokratischen Parteien in dieser Sache noch viel zu besprechen gibt. Das gilt besonders mit Blick auf die NPD und ihre Wählerschaft. Als die rechtsextreme Partei, deren Verwurzelung im Nationalsozialismus überdeutlich ist, in den Landtag einzog, verständigten sich die Fraktionsvorsitzenden von SPD, CDU, Linkspartei und FDP auf eine gemeinsame Erklärung. Darin bezeichnen sie es als ihre „dringlichste Aufgabe“, jene von der Demokratie enttäuschten NPD-Wähler „für die demokratische Wertegemeinschaft zurück zu gewinnen“. Um das leisten zu können, bedarf es aber einer uneingeschränkten parteiübergreifenden Grundvorstellung vom Wert der Demokratie an sich.

Die Debatte, die sich um die Bedeutung des 8. Mai im Landtag entspann, zeigte dann, dass es vor allem in der Linkspartei unklare Vorstellungen davon gibt. Der Abgeordnete Peter Ritter rief sich an der Feststellung des CDU-Fraktionsvorsitzenden Armin Jäger, dass hierzulande mit dem Kriegsende eine neue Diktatur unter Hammer und Sichel begann. Für jene, die mit diesen Symbolen den antifaschistischen Neubeginn nach dem 2. Weltkrieg im Osten Deutschlands verbinden, ist das zweifellos eine Provokation. Doch sie sollte nicht als belanglos vom Tisch gewischt werden. So moralisch begrüßenswert das dem Faschismus entgegen gesetzte politische Handeln im Osten auch vielen erscheinen mag, es zielte nicht auf den Aufbau demokratischer Verhältnisse. Diese Befreier vom Faschismus waren geprägt von einer die Menschenrechte verachtenden Diktatur. Nach deren modifiziertem Vorbild funktionierte die DDR bis zum Fall der Mauer.

In der Erklärung der Fraktionsvorsitzenden heißt es, dass man sich trotz unterschiedlicher politischer Auffassungen darin einig sei, „dass die Verteidigung der Demokratie Vorrang vor Parteiinteressen haben muss“. Sollte gleiches nicht auch für die angestrebte gemeinsame Positionierung der Fraktionen zum 8. Mai gelten? Die NPD zieht die an diesem Tag erfolgte bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches in Zweifel, lässt bei den Kriegsfolgen Ursache und Wirkung außer Betracht, von der demokratischen Alternative zum Führerstaat will sie gar nichts wissen. Der Eindämmung ihrer darauf gründenden propagandistischen



Andreas Zecher

Der Autor (54) arbeitet seit 1991 für den *Nordkurier* (Neubrandenburg) und ist seit Beginn der aktuellen Legislaturperiode landespolitischer Korrespondent des Blattes.

Aktivitäten sollte die verbindliche Positionierung der Demokraten zum Tag der Befreiung dienen. Die Thesen, die Peter Ritter dazu kundtat, widersprachen diesem Ansinnen. Dem Werteverständnis seiner Partei gemäß sagte er, „Freiheit und Gleichheit, Demokratie, Menschenrechte und Gerechtigkeit sind für uns unteilbar“. Deshalb sei der 8. Mai ein Tag der Befreiung gewesen. Diese Schlussfolgerung hat weder einen historischen noch einen gegenwärtigen Sinn. Den Menschen im Osten hat das Kriegsende in Bezug auf diese Werte nichts gebracht, weil der Befreiung vom Faschismus keine Bestrebungen zum Aufbau einer Demokratie folgten. Die so genannte Diktatur des Proletariats sollte für Frieden, Gleichheit und Gerechtigkeit sorgen, zu Lasten von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten. Wer Menschen hierzulande für die demokratische Wertegemeinschaft nicht nur zurück, sondern sie überhaupt dafür gewinnen will, darf selbst kein ambivalentes Verhältnis zu diesen Grundwerten haben. Der 8. Mai markiert in der deutschen Geschichte die Tatsache, dass in jenen Teilen des Landes, wo der Befreiung vom Faschismus der Aufbau einer demokratischen Gesellschaft folgte, Freiheit und eine rechtsstaatliche Ordnung möglich wurden. Dort, wo sich nach der Befreiung eine Diktatur mit dem gesellschaftlichen Glücksversprechen auf Gleichheit und Gerechtigkeit etablierte, blieb die Freiheit aus, blieb Demokratie für vier Jahrzehnte ein Traum. Als er Wirklichkeit wurde, kam eine andere Tatsache zu Tage, dass Demokratie nämlich nicht die Endlösung der gesellschaftlichen Widersprüche ist, sondern die Grundlage aller immer aufs Neue zu erstreitenden Lösungsmöglichkeiten. Als solche ist sie aber unverzichtbar, für Parlamentarier allemal.

Andreas Zecher

Sinnbild und Wahrzeichen des Landes

Festakt zum 150. Jubiläum des Schweriner Schlosses

Mit einer Festveranstaltung im Mecklenburgischen Staatstheater klangen am 29. Mai die dreitägigen Feierlichkeiten zum 150. Jubiläum des Schweriner Schlosses aus. Vor rund 400 Gästen aus Politik und Gesellschaft, aus Wirtschaft, Kultur und Verwaltung würdigten Parlamentspräsidentin Sylvia Bretschneider, Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff, Bundesminister Dr. Thomas de Maizière und der Vertreter des französischen Schlosses Chambord Gaël Ibramsah das Schweriner Schloss als herausragendes Denkmal der deutschen und europäischen Kulturgeschichte.

„Die vergangenen drei Tage waren voller einzigartiger Feierlichkeiten für ein einzigartiges Bauwerk mit einzigartiger Beteiligung der gesamten Öffentlichkeit“, sagte Landtagspräsidentin **Sylvia Bretschneider** zum Auftakt. Sie dankte den Hunderten ehrenamtlichen Helfern, ohne deren Engagement das Jubiläumfest in dieser Qualität nicht möglich gewesen wäre. Unzählige Gruppen hätten ein Fest gestaltet, bei dem viele auf beiden Seiten mit dabei gewesen seien: Auf der Seite der Organisatoren und Mitgestalter und auf der Seite der Gäste. „Das zeigt, wie verwurzelt unser Schloss in Schwerin ist“, betonte Bretschneider.

Im Rückblick auf die 150-jährige Geschichte des neuen Residenzschlusses würdigte Sylvia Bretschneider die Leistungen des herzoglichen Hofbaumeisters Georg Adolph Demmler. „Auch er ist einzigartig – einzigartig in seinem Engagement und seiner Leistung“, sagte sie. So habe er das Schweriner Schloss errichtet als sichtbaren Ausdruck absolutistischer Herrschaft, zugleich habe er sich dafür eingesetzt, den absoluten Herrscher durch eine Verfassung dem Gesetz zu unterwerfen. „Mit der deutschen Einheit hat sich rund 150 Jahre später Demmlers Vermächtnis erfüllt: Das Schloss wurde als Sitz eines frei gewählten Landtages Ort der parlamentarischen Demokratie.“

Als nächstes gemeinsames Ziel nannte Sylvia Bretschneider den Eintrag des Schlosses in die Welterbeliste der UNESCO.

„Helfen Sie mit, gemeinsam können wir es schaffen!“, so ihr Appell an alle Anwesenden. „Das Schweriner Schloss ist das Schmuckstück unserer Landeshauptstadt und das wohl bekannteste Wahrzeichen Mecklenburg-Vorpommerns“, sagte Ministerpräsident **Dr. Harald Ringstorff** in seinem Grußwort. Er würdigte die großartige Verbindung von Architektur und Landschaft, die auch heute noch aus allen Blick-

winkeln schöne und überraschende Bilder bieten. Der kulturelle Reichtum eines Landes, so Ringstorff, sei ein Image- und Standortfaktor. Es gelte, dieses Potenzial noch besser zu erschließen. In den Kreis der sieben Weltwunder habe es das Schweriner Schloss zwar noch nicht geschafft, räumte der Regierungschef ein. „Aber für den ADAC gehört es neben dem Eiffelturm, den Cheops-Pyramiden und der Chinesischen Mauer zu den 200 berühmtesten Sehenswürdigkeiten der Welt.“

Der Chef des Bundeskanzleramtes, Bundesminister **Dr. Thomas de Maizière**, nannte das Schloss ein leuchtendes Denkmal der deutschen und europäischen Kulturgeschichte, ein stolzes Bürgerschloss und ein Denkmal des freien Parlamentarismus und in dieser Kombination einzigartig. „Ich beneide die Abgeordneten des Landtages von Mecklenburg-Vor-



v.l. Hans Kreher, 3. Vizepräsident des Landtages; Renate Holznel, 1. Vizepräsidentin des Landtages; Dr. Thomas de Maizière, Chef des Bundeskanzleramtes; Sylvia Bretschneider, Präsidentin des Landtages; Dr. Harald Ringstorff, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern. 2.R.mitte. Michal Luczak, Vorsitzender des Sejmik Westpommern.

pommern, dass sie dort tagen und arbeiten dürfen“, sagte er. Als bedeutendes Kulturdenkmal liege das Schloss Schwerin dem Bund sehr am Herzen, denn trotz der Kulturhoheit der Länder gebe es auch bei der Kulturförderung eine nationale Dimension. Er hoffe, so de Maizière, dass die Sanierung des Schlosses so schnell wie möglich abgeschlossen werde. „Immer mit dem Ziel, dass der ‚schönste Parla-



Sylvia Bretschneider, als Parlamentspräsidentin Hausherrin des Schweriner Schlosses, und Gaël Ibramsah vom französischen „Mutterschloss“ Chambord vereinbarten den Ausbau ihrer Kooperation.

mentssitz Deutschlands‘, wie Richard von Weizsäcker ganz zu Recht gesagt hat, dauerhaft seine Ausstrahlung bewahrt.“

„C'est un grand honneur pour moi de représenter aujourd'hui le château de Chambord à Schwerin qui fête le 150ème anniversaire de sa reconstruction“ – es sei ihm eine große Ehre, das Schloss Chambord bei den Feierlichkeiten in Schwerin zu vertreten, sagte **Gaël Ibramsah**, Vertreter des „Mutterschlusses“ an der Liore. Schwerin und Chambord hätten in der Tat einiges gemeinsam. „Man findet dort die gleiche Fülle an Türmchen, Kaminen und Ecktürmen. Ebenfalls ist eine große architektonische Frei-

heit augenfällig, ein Erbe der Renaissance, die sowohl dem Schloss in Schwerin als auch dem Chambords ihren magischen und traumhaften Charakter verleiht.“ Über diese Gemeinsamkeiten in der Architektur hinaus seien Schwerin als auch Chambord Sinnbild und Wahrzeichen ihres Landes. Auch vor dem Hintergrund des europäischen Einigungsprozesses nannte Ibramsah es unerlässlich, „dass derart repräsentative Bauwerke näher zu-

sammerrücken, Partnerschaften geknüpft werden und ein breites Publikum angesprochen wird.“ Als Geste der Verbundenheit ernannte er Sylvia Bretschneider zur Ehrenbürgerin von Chambord.

Von Arbeit leben können

Aktuelle Stunde zur Einführung von Mindestlöhnen

SPD und CDU haben ihren Grundsatzstreit über die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne in der Aktuellen Stunde am 9. Mai im Landtag fortgesetzt. Während sich Redner der sozialdemokratischen Fraktion für Mindestlöhne aussprachen, warnten Christdemokraten vor negativen Auswirkungen. Auch die oppositionelle Linkspartei.PDS unterstützt Gewerkschaftsforderungen nach einheitlichen Mindestlöhnen von etwa 7,50 Euro je Stunde. Die NPD forderte noch höhere Mindestlöhne. Kritik kam erneut von der FDP, die im Mindestlohn eine Unterwanderung der Tarifautonomie sieht.

Wer täglich acht Stunden hart arbeite, müsse davon auch eine Familie ernähren können, begründete Sozialminister **Erwin Sellering** die Forderung nach auskömmlichen Löhnen. „Hungerlöhne von drei oder vier Euro für ehrliche Arbeit sind eine Verletzung der Menschenwürde“, sagte er. Zudem würden sie den sozialen Frieden gefährden und den populistischen Thesen von Rechtsextremisten Zuspruch verschaffen. Ein Mindestlohn wirke sich nicht negativ auf den Beschäftigungsmarkt aus. Das zeigen seiner Meinung nach die Beispiele USA und Großbritannien, die über die längsten Erfahrungen auf diesem Gebiet verfügen.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** warnte dagegen vor negativen Auswirkungen von gesetzlichen Mindestlöhnen wie zunehmender Schwarzarbeit, Auslagerung von Arbeit in Dienstleistungsbereichen etwa nach Polen und schließlich Jobverlusten. Ziel und Aufgabe der Politik müsse es vor allem sein, gute Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung zu schaffen. Der Arbeitsmarkt entwickle sich positiv. „Die Arbeitslosenquote lag mit 17,8 Prozent immer noch sehr hoch, aber es war der niedrigste Aprilwert seit elf Jahren.“ Ein flächendeckender Mindestlohn würde das Ziel gefährden, mehr Arbeitsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt zu schaffen.

„In Mecklenburg-Vorpommern verdient mittlerweile jeder Sechste von insgesamt 480.000 Beschäftigten weniger als 1.300 Euro brutto – das ist zu wenig, um damit die eigene Existenz zu sichern, geschweige denn eine Familie zu ernähren“, sagte **Helmut Holter** (Linkspartei.PDS). Er verwies darauf, dass 20 EU-Länder mit Mindestlöhnen gute Erfahrungen gemacht hätten und somit die Sorge um den Abbau von Arbeitsplätzen für gering Qualifizierte unbegründet sei. „Deutschland braucht Mindestlöhne“, betonte der Abgeordnete. Vom Landtag forderte er ein klares Bekenntnis dazu. Die Zeit für die Einführung sei günstig, da sich die Wirtschaft im Aufschwung befinde.

Dr. Armin Jäger, Fraktionschef der CDU, bekräftigte die Zweifel seiner Partei an der Bedeutung von Mindestlöhnen. „Die Annahme, wenn wir einen Mindestlohn haben, bekommen alle Arbeit und wenn alle Arbeit haben, bekommen sie wenigstens den Mindestlohn, ist ein Fehlschluss“, betonte er. Tarifautonomie sei der eigentliche Garant für „vernünftige“ Löhne. Nur setze das ein ausgewogenes Kräfteverhältnis zwischen den Partnern voraus, das es momentan aber nicht gebe. In den einzelnen Branchen müssten vernünftig ausgehandelte Löhne eingeführt und eine Tariffucht erschwert werden. „Der richtige Weg ist der, dafür zu sorgen, dass jemand, der Arbeit hat, davon auch leben kann“, sagte der Christdemokrat. Der Staat könne nicht alles regeln.

„Staatliche Regulierung kann Verhandlungen der Tarifpartner nicht ersetzen“, betonte FDP-Fraktionschef **Michael Rooff**. Den Tarifpartnern dürfe nicht die Kompetenz abgesprochen werden, ihre Interessen selbst zu vertreten. Der Staat dürfe nicht den Arbeitsmarkt reglementieren. Es müssten andere Wege eingeschlagen werden. „Wer sich nicht dafür einsetzt, die Überschüsse in der Agentur für Arbeit, die in Milliardenhöhe liegen, den Beitragzahlern zurückzugeben, der macht die falsche Politik.“ Ein gesetzlicher Mindestlohn löse jedenfalls die Probleme



Sozialminister Erwin Sellering



Wirtschaftsminister Jürgen Seidel



Helmut Holter (Linkspartei.PDS)

nicht. Von den Gewerkschaften forderte er, sich neu als Tarifpartner zu profilieren.

Das gegenwärtige Wirtschaftssystem bringe es nicht fertig, die Menschen in Beschäftigung zu halten, sagte der NPD-Fraktionsvorsitzende **Udo Pastörs**. Nur deshalb sei es überhaupt nötig, über Mindestlohn zu reden. „Wir von der NPD fordern 8,80 Euro Mindestlohn“, sagte er. Zudem sollten deutsche Arbeiter bevorzugt vor ausländischen Arbeitnehmern eingestellt werden. Pastörs sprach sich für ein „hartes Vorgehen“ gegen ausländische Menschenhändlerorganisationen und Lohnrückerkolonnen aus, die „zu Zehntausenden auch bei Auftraggebern der öffentlichen Hand sich hier in Deutschland zu Löhnen verdingen, die wirklich gegen die Menschenwürde verstoßen.“

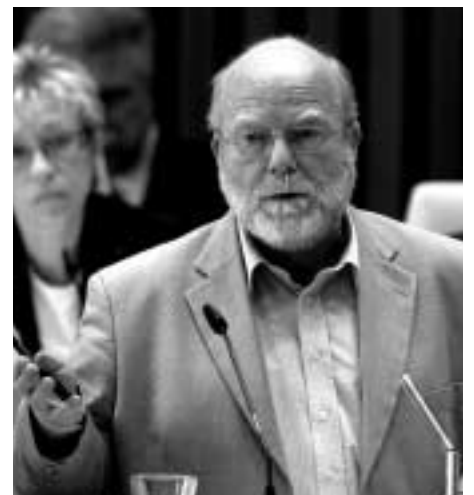
Reinhard Dankert, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Fraktion, betonte, „für gute Arbeit muss es gute Löhne geben“. Mecklenburg-Vorpommern sei in einigen Bereichen „leider ein Eldorado für Niedriglöhne geworden und das ist nicht gut.“ Niedriglöhne würden vor allem in Ostdeutschland, für Frauen und in Kleinbetrieben gezahlt, analysierte er. Da die CDU nicht bereits sei, flächendeckende Mindestlöhne mitzutragen, müsse man Teilschritte gehen. Mit Hilfe des Entsendegesetzes wolle man auf Bundes-

ebene versuchen, Existenz sichernde Löhne für bestimmte Branchen hinzubekommen, wies er auf einen Kompromiss hin. Durch Mindestlöhne werde die Arbeitslosigkeit nicht steigen, wie Beispiele aus anderen Ländern zeigen.

Dem widersprach **Wolfgang Waldmüller** (CDU). Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes erhöhe die Arbeitslosigkeit, „da der Niedriglohnsektor wegfällt, fördert die Schattenwirtschaft und verlagert Arbeitsplätze“. Lohnbindung habe beim Gesetzgeber nichts zu suchen. Lohn- und Gehaltsfragen seien ausschließlich Sache der Tarifpartner. Zudem befürchtet er, dass mit der Einführung auch ein „bürokratisches Monstrum mit eigener Kontrollbehörde“ geschaffen werde. Zunächst müssten andere Fragen geklärt werden, zum Beispiel wie der Verlagerung von Arbeitsplätzen entgegengewirkt werden könne. Bevor dafür keine Antworten gefunden sind, werde seine Partei Mindestlöhne ablehnen.



Wolfgang Waldmüller (CDU)



Reinhard Dankert (SPD)



Dr. Armin Jäger (CDU)



Michael Rooff (FDP)



Udo Pastörs (NPD)

Kulturellen Wandel einleiten

Nichtraucherschutzgesetz im Landtag diskutiert

Die Landesregierung hat am 9. Mai ein Nichtraucherschutzgesetz ins Parlament eingebracht. „Wir haben mit unserem Gesetzentwurf dazu beigetragen, dass der Nichtraucherschutz in Deutschland vorankommt. Andere Länder orientieren sich an unseren Plänen“, hob Sozialminister Erwin Sellering bei der ersten Lesung des Gesetzes im Landtag hervor. Er appellierte an die Abgeordneten, die Beratungen zügig zu führen, damit schon zu Beginn des neuen Schuljahres Ende August das Rauchverbot an Schulen gelten könne.

Vom Spätsommer an soll der blaue Dunst auch aus Behörden, Kitas, Hochschulen, Krankenhäusern, Pflegeheimen und Reha-Einrichtungen verbannt werden. Das Rauchverbot in Gaststätten soll vom 1. Januar 2008 an gelten. Lediglich in speziell eingerichteten, abgetrennten Räumen soll der Tabakgenuss dann noch erlaubt sein. Wer als Raucher den vorgesehenen Verboten hartnäckig zuwiderhandelt, muss laut Sellering mit bis zu 500 Euro Bußgeld rechnen. Gegen Wirte, die das Rauchverbot missachten, sieht der Gesetzentwurf bis zu 10.000 Euro Bußgeld vor.

„Mit dem Gesetz verfolgen wir nicht das Ziel, Raucher auszugrenzen. Es geht um den Schutz von Nichtrauchern. Und Nichtraucherschutz schließt auch Hilfsangebote für Raucher ein, sich von der Nikotinsucht zu befreien“, machte Sozialminister **Erwin Sellering** deutlich. Allein an den Folgen des Passivrauchens würden jährlich 3.300 Menschen in Deutschland sterben. Freiwillige Initiativen hätten nicht zu den gewünschten Ergebnissen geführt. Der Minister äußerte die Hoffnung, dass mit dem gesetzlichen Nichtraucherschutz auch ein „kultureller Wandel“ in Deutschland eingeleitet werde. „Wir wollen erreichen, dass auch in Familien weniger geraucht wird und Kinder vor dem schädlichen Qualm besser geschützt werden.“

Dr. Marianne Linke (Linkspartei.PDS) wies daraufhin, dass in Deutschland jährlich 140.000 Menschen an Lungenkrebs sterben. Das entspreche der Einwohnerzahl von Schwerin und Wismar zusammen. Ihrer Mei-

nung nach werden die Argumente gegen das Rauchen inzwischen bewusster in der Gesellschaft aufgenommen. Auch bei den Rauchern sei ein generelles Nachdenken ausgelöst worden. Ein erfolgreicher Nichtraucherschutz müsse auch Schutzmaßnahmen für Raucher beinhalten, die sich nicht allein auf Verbote beschränken dürfen. Sie forderte eine „Dreieinigkeit“ von Prävention, Nichtraucherschutz und Verboten.

Birger Lüssow (NPD) dagegen betonte, es müsse den Gastwirten selbst überlassen bleiben, ob sie Raucherfreiheit gewähren wollen. Die Gäste könnten dann ja selbst entscheiden, welches Restaurant sie aufsuchen wollen. Er sprach sich gegen „Raucherhetze“ aus. Dennoch werde seine Fraktion der Beratung in den Ausschüssen zustimmen.

Günter Rühls (CDU) sprach sich für eine Anhörung von Experten im Sozialausschuss aus. Er wies darauf hin, dass Raucher künftig im-



In der Gaststätte von Ute Alm-Linke „Zum Schützenkönig“ in Rosenhof bei Gadebusch darf bereits seit zwei Jahren nicht mehr geraucht werden.

mer noch rauchen dürfen – aber in bestimmten, vollständig abgetrennten Bereichen. Er stimmte im Namen seiner Fraktion der Überweisung zu.

Genau wie **Dr. Norbert Nieszery** (SPD). Er betonte, das Thema „rauchfreie Zone“ müsse auch im Landtag „einer Lösung zugeführt“ werden.

Als erste Fraktion im Parlament erklärte die FDP ihre Arbeitsräume im Schloss zur rauchfreien Zone. Seine Partei begrüße trotz erheblicher Bedenken gegen das Rauchverbot in Gaststätten den im Land geplanten umfassenden Nichtraucherschutz. „Fangen wir im Landtag damit an“, sagte FDP-Fraktionschef **Michael Roof**. Allerdings müsse nach zwei Jahren kontrolliert werden, ob das Rauchverbot beispielsweise in Restaurants und Hotels zum Verlust von Arbeitsplätzen oder zu Insolvenzen geführt hat.

Landtag gegen „Bombodrom“

Nein zum Luft-Boden-Schießplatz bekräftigt

Das Parlament von Mecklenburg-Vorpommern hat sein „Nein“ zur geplanten Wiederinbetriebnahme des Luft-Boden-Schießplatzes bei Wittstock im Norden Brandenburgs bekräftigt.

Die Abgeordneten unterstützten die Bemühungen der Landesregierung, eine erneute militärische Nutzung des „Bombodroms“ in der Kyritz-Ruppiner Heide zu verhindern, heißt es in einem Beschluss, den das Parlament am 10. Mai fasste. Ziel sei eine umfassende zivile Nutzung des 12.000 Hektar großen Areals. Anwohner und Tourismusbetriebe im Norden Brandenburgs und im Süden Mecklenburgs, an der Mecklenburgischen Seenplatte, befürchten Lärmbelästigungen durch Tiefflieger. Der Beschluss wurde mit den von der FDP geforderten Änderungen angenommen. Im Antrag der Linkspartei hatte ursprünglich gestanden: „Kein Bombodrom – Hier nicht und Nirgendwo“. Der generalisierende Zusatz wurde nun gestrichen. Der Beschluss wurde dennoch nicht einstimmig gefasst. Aus der CDU gab es zwei Gegenstimmen von Befürwortern des Luft-Boden-Schießplatzes. Die Fraktion der NPD enthielt sich.

Weltkulturerbe Schloss?

Landtag berät Antrag in den Ausschüssen

Das Schweriner Schloss soll nach dem Willen des Landtages in die Welterbeliste der UNESCO aufgenommen werden.

Einen entsprechenden Antrag der Linkspartei.PDS haben die Parlamentarier am 10. Mai einstimmig zur Beratung an den Bildungs- und den Verkehrsausschuss überwiesen.

Die Landesregierung soll unter anderem aufgefordert werden, in enger Zusammenarbeit mit dem Landtag und der Landeshauptstadt alle dazu erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen und den Vorschlag bei der Kultusministerkonferenz der Länder einzureichen. Nach Auffassung des kulturpolitischen Sprechers der Linkspartei.PDS, **Torsten Koplin**, erfüllt das historische Ensemble mit Park, Baudenkmalern und Altem Garten die für

das Weltkulturerbe erforderlichen Kriterien der Einzigartigkeit und Authentizität.

Familien fördern

Wettbewerbe für Familienfreundlichkeit

Mit regelmäßigen Wettbewerben um die familienfreundlichste Kommune und das familienfreundlichste Unternehmen will Mecklenburg-Vorpommern die Attraktivität des Landes für Familien weiter fördern. Ein entsprechender Antrag der Regierungsfractionen von SPD und CDU fand am 11. Mai im Landtag eine deutliche Mehrheit.

„Diese Regierungskoalition hat das ehrgeizige politische Ziel, Mecklenburg-Vorpommern zu einem der kinderfreundlichsten Länder Deutschlands zu machen“, betonte Sozialminister **Erwin Sellering**. Kinderfreundlichkeit lasse sich aber nicht allein durch staatliche Maßnahmen herstellen. „Wir brauchen einen weitgehenden Mentalitätswechsel, ein Umdenken, ein Besinnen auf andere Werte als gesellschaftlichen Status, Arbeit, Geld. Kinder sind Lebenssinn und Lebensfreude“, sagte er. Sellering kündigte an, dass bis zum Sommer ein Finanzierungskonzept für den Wettbewerb vorliegen werde. Daraufhin stimmte auch die oppositionelle FDP zu. Eine florierende



Das überlebensgroße Kinderfoto gehörte zur Kunstausstellung „Kinderland“, die der norwegische Künstler Rolf Alme 2004 im Rahmen des Schweriner Kultursommers auf dem Alten Garten zeigte.

Wirtschaft sei die wichtigste Voraussetzung für Familienfreundlichkeit, sagte **Hans Kreher** (FDP). Alle Menschen vor Ort müssten gewonnen werden, denn Familienfreundlichkeit sei nicht „von oben“ zu verordnen. Die Linkspartei.PDS machte weiteren Diskussionsbedarf zu einem umfassenden Programm zur Familienförderung deutlich. Ihre Rednerin **Dr. Marianne Linke** schlug vor, den Antrag zunächst in die Ausschüsse zu überweisen und Kriterien für alle Teilnehmer des Wettbewerbs vorzugeben. Die Linksfraktion enthielt sich in der Abstimmung.

Der CDU-Politiker **Matthias Lietz** begründete die verstärkten Bemühungen um bessere Bedingungen für Familien mit dem dramatischen Geburtenrückgang und der an-

haltenden Abwanderung. Mecklenburg-Vorpommern werde jüngsten Studien zufolge bis 2020 ein Fünftel der Bevölkerung verlieren. Gute Betreuungsangebote für Kinder und familientaugliche Arbeitszeitregelungen sollten es vor allem jungen Familien erleichtern, im Land zu bleiben oder zurückzukommen, betonte Lietz. Sein Fraktionskollege **Vincent Kokert** wies auf bereits bestehende lokale Bündnisse für Familien unter anderem in Rostock, Stavenhagen und Güstrow hin.

Der NPD-Abgeordnete **Tino Müller** sprach von „lächerlichen Ideenwettbewerben“. Die soziale Frage könne nicht durch die Behandlung der Symptome gelöst werden. Seine Fraktion lehnte den Antrag ab.

Dr. Margret Seemann, Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Landesregierung, verwahrte sich gegen die NPD-Politik, die Frauen zurück an Heim und Herd holen und in die Abhängigkeit der Männer bringen wolle. „Genau das wollen wir nicht“, sagte sie.

Seemann äußerte die Erwartung, dass mit den Wettbewerben Kommunen und Unternehmen angespornt werden, „innovative Wege für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu beschreiten“.

Kein Kindergipfel in M-V

FDP-Antrag abgelehnt

Die FDP-Fraktion ist am 11. Mai mit ihrer Forderung nach Einberufung eines Kindergipfels in Mecklenburg-Vorpommern im Landtag gescheitert.

Der Gipfel solle Bestandteil des geplanten

Gesamtkonzepts „Kinderland MV“ sein, hatte **Ralf Grabow** (FDP) bei der Einbringung gesagt. Erzieher, Bildungsexperten, Eltern und Wohlfahrtsverbände sollten gemeinsam mit Vertretern von Sozial- und Bildungsministerium am Gipfel teilnehmen. Auf diese Weise, so der Abgeordnete, sollten die wichtigsten Ideen und Vorschläge zum Thema „Was ein Kind braucht“ gesammelt und daraus Strategien und Projekte entwickelt werden.

Sozialminister **Erwin Sellering** wies auf das von den Sozialdemokraten bereits angekündigte Familienparlament hin, dem auch verschiedene Experten angehören sollen. Es werde als ständiges Gremium eng mit dem Sozialministerium zusammenarbeiten, versicherte der Minister. Dort kämen auch die Fragen, die speziell Kinder betreffen, zur Sprache. Er warnte davor, zu jedem Punkt zum Thema Familie einen eigenen Antrag zu stellen. „Wir sollten stattdessen unsere Arbeit machen“, sagte Sellering.

„Wir wollen nicht reden, sondern handeln“, betonte auch der familienpolitische Sprecher der CDU **Harry Glawe**. „Sie wollen reden“, übte er in Richtung FDP-Fraktion Kritik. Seit dem Jahr 2000 werde deutschlandweit viel für Familien getan, sagte er. Für Mecklenburg-Vorpommern unterstrich er die Notwendigkeit eines Gesamtkonzepts zur familienfreundlichen Politik. Vom Sozialminister forderte er, das Familienparlament rasch auf den Weg zu bringen.

Dr. Marianne Linke, Linkspartei.PDS, warnte vor zu viel „Unverbindlichkeit“. Angesichts steigender Armut sei das Thema Kinder aber wichtig. Ihre Fraktion enthielt sich mehrheitlich bei der Abstimmung.

Bundesweit gebe es zweimal jährlich einen Kindergipfel, sagte **Martina Tegtmeyer** (SPD). Zudem gebe es in Mecklenburg-Vorpommern ein Jugendparlament und etliche Initiativen dieser Art auf kommunaler Ebene. Auch sie sprach sich dafür aus, Kinder und Jugendliche mit in das geplante Familienparlament einzubeziehen.

Was Kinder benötigen, sei vor allem Zeit, die sie mit ihren Eltern verbringen, sagte **Stefan Köster** (NPD). Aber das würden SPD und CDU nicht umsetzen. „Es mangelt in diesem Land an der Einstellung zu unsrem Volk“, sagte er. Die Betreuung des Kindes sei in erster Linie Pflicht und Recht der Eltern. Von einem Kindergipfel erwarte seine Fraktion nichts. „Aber wir wollen uns dem nicht verschließen“, sagte er.

Jörg Heydorn (SPD) äußerte die Befürchtung, dass auf einem solchen Gipfel nur ge-

redet werde, aber nichts Entscheidendes passiert.

Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPD, der CDU und zwei Stimmen der Linkspartei abgelehnt.

Bedarfsgerechte Berufsausbildung sichern

Antrag einstimmig zur Beratung überwiesen

Der Landtag forderte am 10. Mai die Landesregierung auf, gemeinsam mit allen Partnern die Berufsausbildung zu sichern. Das Ausbildungsplatzangebot müsse vergrößert werden, da es zunehmend mehr „Altbewerber“ gibt, begründete Heike Polzin (SPD), die den Antrag der Koalitionsfraktionen ins Parlament einbrachte.

Im Herbst 2007 werden voraussichtlich erstmals weniger Schulabgänger dieses Jahres auf dem Markt sein als Bewerber, die die Schule vor mindestens einem Jahr verlassen haben, sagte sie. Für diese so genannten Altbewerber soll die Landesregierung ein spezielles Programm erarbeiten. Zudem müsse der „Ausbildungspakt 2010“ weiter entwickelt werden, der angesichts geringer Ge-

burtenrate den künftigen Fachkräftebedarf in Mecklenburg-Vorpommern sichern soll.

Wirtschaftsminister **Jürgen Seidel** hat an die Unternehmen im Land appelliert, mehr Lehrstellen zu schaffen. Bis jetzt sehe es so aus, als könnten in diesem Jahr rund 10.500 betriebliche Ausbildungsverträge abgeschlossen werden, sagte er. Mit den Zusatzprogrammen von Bund und Bundesanstalt für Arbeit stünden voraussichtlich für knapp zwei Drittel der 23.500 erwarteten Bewerber betriebliche und außerbetriebliche Ausbildungsplätze zur Verfügung. Sollten zusätzliche staatliche Maßnahmen nötig sein, werde die Landesregierung handeln, versprach Seidel. Wichtig sei aber zunächst, dass die Wirtschaft ihrer Verantwortung gerecht werde und weitere Lehrstellen zur Verfügung stelle.

Die Linkspartei.PDS-Abgeordnete **Regine Lück** kritisierte vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden Lehrstellen-Differenz die Streichung des Landesergänzungsprogramms mit 700 Plätzen. Sie erneuerte die Forderung ihrer Partei nach einer Ausbildungsplatzabgabe. „Wer ausbildet, muss belohnt werden. Wer nicht ausbildet, muss zahlen“, sagte sie.

Marc Reinhardt (CDU) dankte allen Unternehmen, die zum Teil über Bedarf ausbilden. Auch er forderte ein Konzept für die so genannte „Bugwelle“ von Altbewerbern. Er begrüßte, dass es an den Berufsschulen weder

Teilzeitarbeit noch Entlassungen für Lehrer gebe.

Alle Abgeordneten hätten die Pflicht, Druck auf die Landesregierung auszuüben, damit die Forderungen aus dem Antrag so schnell wie möglich umgesetzt werden können, sagte **Hans Kreher**, Landtagsvizepräsident und bildungspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion. Seine Fraktion hatte ursprünglich gefordert, dass die Landesregierung bis Oktober 2007 Ergebnisse vorlegen soll. Im Laufe der Debatte wurde der Änderungsantrag mit der Terminfrist aber zurückgezogen.

„Wir wollen Taten sehen“, sagte **Birger Lüssow** (NPD). Er finde es „beschämend“, dass die Regierung extra zur Sicherung der Berufsausbildung aufgerufen werden

müsse. Er sprach von einem „Feigenblatt“ des Bündnisses für Ausbildung, das lediglich über die Unfähigkeit der Politik hinweg täuschen solle. Seine Fraktion werde der Überweisung des Antrages trotzdem zustimmen.

Jörg Heydorn (SPD) verwahrte sich gegen die „pauschalen Vorwürfe und Abqualifizierungen“ durch die NPD. Schließlich habe Lüssow noch keinen einzigen Antrag im Bildungsausschuss gestellt oder überhaupt einen eigenen Vorschlag gemacht. Zur Ausbildung forderte Heydorn Gewerkschaften, Landespolitiker und Unternehmer auf, ihren Beitrag für die Zukunft des Landes zu leisten. „Wir müssen vor allem sicherstellen, dass die Unternehmen, die bereits hier angesiedelt sind, künftig ausreichend Arbeitskräfte finden.“

Der Antrag wurde einstimmig zur Beratung an die Ausschüsse überwiesen.

Abbau der Landesschulden

Parlament verabschiedet Nachtragsetat 2007

Als eines der ersten Bundesländer will Mecklenburg-Vorpommern in diesem Jahr damit beginnen, seinen Schuldenberg von 10,9 Milliarden Euro abzutragen.

Wie Finanzministerin Sigrid Keler am 9. Mai im Landtag bei der Beratung des Nachtrags-etats für 2007 sagte, sollen 80 Millionen Euro an Krediten zurückgezahlt werden. „Auch wenn verlässliche regionalisierte Ergebnisse noch nicht vorliegen, rechne ich in diesem Jahr für Mecklenburg-Vorpommern mit Steuermehreinnahmen von 150 Millionen Euro“, begründete Keler die Zielsetzung und warb um Unterstützung des Parlaments. Mit dem beabsichtigten Schuldenabbau könne die derzeit bei 6.400 Euro liegende Pro-Kopf-Verschuldung konstant gehalten werden, erläuterte die Ministerin.

Die Änderungen am 7-Milliarden-Euro-Etat für 2007 waren vor allem wegen der höheren Steuereinnahmen, Änderungen bei der Verwendung von EU-Mitteln und der vom Land zu tragenden Sicherheitskosten für den G8-Gipfel in Heiligendamm notwendig geworden. Das Parlament verabschiedete den Nachtragsetat für das laufende Jahr mit den Stimmen der SPD/CDU-Koalition.



Ein Fest der Superlative

150.000 Menschen besuchten 150-Jahr-Feier zu Pfingsten

150 Jahre
SCHLOSS
SCHWERIN

Die Resonanz auf das große Pfingstfest zum 150. Jubiläum des Schweriner Schlosses war überwältigend. Insgesamt haben etwa 150 000 Menschen das Geschehen im und am Schweriner Schloss begleitet. Als herausragender Höhepunkt gilt zahlreichen Beobachtern das Lichtspektakel vom Pfingstsonnabend. Ab 22.30 Uhr stand das Schloss im Mittelpunkt einer mit Musik unterlegten Laser- und Feuerwerksshow, die etwa 12.000 Menschen live verfolgten. Erstmals hatte eine Delegation aus dem französischen Chambord Schwerin besucht.

Deren Jagdhornmusiker zählten während des Schweriner Schlossjubiläums am Wochenende zu den Publikumsbeliebten. Höhepunkt zahlreicher Auftritte auf der Schlossinsel war am Sonntag das Anstimmen der französischen Nationalhymne „La Marseillaise“ auf der Brücke vor dem Hauptportal. Das französische Schloss Chambord am Heimatort der Musiker gilt als historisches Vorbild des Schlosses in Schwerin. „Schloss Chambord ist die wunderschöne Mutter einer noch schöneren Tochter namens Schwerin“, beschrieb Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider das Verbindende der beiden Schlösser. Am letzten Festtag – dem Tag des offenen Schlosses, an dem auch nicht öffentliche Bereiche des Landtages zugänglich waren – kamen noch einmal weit mehr als 40.000 Besucher allein auf die Schlossinsel. Etwa 25.000 von Ihnen sahen sich das Schloss von innen an.

Fotos: Balewki, Cordes, Kettler



Mit Pauken und Trompeten durch Schwerin

Der Festumzug zum Schlossjubiläum begeisterte Tausende



150 Jahre
SCHLOSS
SCHWERIN



Auftakt für die Feierlichkeiten zum 150. Jubiläum des Schweriner Schlosses war ein Festumzug durch die Landeshauptstadt – in Anlehnung an den Umzug durch Schwerin am 26. Mai 1857. Damals war der Einzug des Großherzogs Friedrich Franz II. in sein neues Schloss pompös mit einem dreitägigen Stadtfest gefeiert worden. Voran in einer prachtvollen Kutsche Großherzog Friedrich Franz II. mit seiner Gemahlin Auguste – dargestellt von Matthias Schott und Ulrike Naegele vom „Verein der Freunde des Schweriner Schlosses“ e.V. Hunderte Akteure – von den Mitgliedern des Schlossvereins, den an der Schloss-Sanierung beteiligten Handwerkern, Feuerwehrleuten und Musikkapellen bis hin zu Kindergärtnerinnen, die im Schloss ausgebildet wurden, und ehemaligen Abgeordneten, die beim Einzug des Landtages in das Schloss 1990 dabei waren – sie alle sorgten für ein Fest der Sinne und begeisterten Tausende Zuschauer an der Wegstrecke und auf der Theatertribüne auf dem Alten Garten. Den Schlusspunkt setzte die Bundesgartenschau. Und gab damit einen Ausblick auf den nächsten großen Höhepunkt 2009.

Fotos: Balewki, Kettler



Auf Erkundungstour in Deutschlands schönstem Landtag

Tag des offenen Schlosses mit überwältigender Resonanz

Bereits eine Stunde vor der Öffnung des Schlosses hatte sich eine lange Warteschlange vor dem Haupteingang gebildet. Die Gelegenheit, einmal auch nicht öffentlich zugängliche Bereiche des Schlosses zu besichtigen, hatte nicht nur Schweriner auf die Schlossinsel gelockt, sondern Besucher aus ganz Mecklenburg-Vorpommern, Touristen und sogar Gäste aus dem Ausland. Den ganzen Tag nahmen Interessenten Wartezeiten von bis zu 30 Minuten in Kauf und wurden für ihre Geduld belohnt.

Der Rundgang durch Deutschlands schönsten Landtagssitz führte treppauf – treppab in die unterschiedlichsten Ecken des Schlosses und zeigt eine Vielzahl von Bereichen, die neu genutzt werden, aber durchaus auch etliches über ihre Geschichte erzählen. So zum Beispiel die frühere Wohnung des Großherzogs, die heute die Landtagsbibliothek beherbergt, oder die „Königswohnung“, die einst bei der Eröffnung des neu gebauten Schlosses dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. als Domizil diente und in deren Vorzimmer nun der Ältestenrat des Landtages berät. Großes Gedränge herrschte auch im Büro der Landtagspräsidentin, im Plenarsaal und im NDR-Landtagsstudio.

Wer Lust hatte, konnte bei seinem Rundgang auch mehrere Ausstellungen besichtigen. So im Südturm auf zwei Etagen die reich bebilderte BBL-Präsentation „Der Umbau des Schweriner Schlosses im 19. Jahrhundert und die Baumaßnahmen am Schloss bis heute“, und in der Lobby eine Ausstellung von Zeichnungen und Gemälden des Schweriner Schlosses, die Leserinnen und Leser der Schweriner Volkszeitung in den Wochen und Monaten vor dem Jubiläum eingeschickt hatten.

Ganz nebenbei bekamen die Besucher auch einen Eindruck über die Herausforderungen, die eine denkmalgerechte Sanierung unter Berücksichtigung der Nutzungserfordernisse eines modernen Parlamentsbetriebes stellt. Einhelliges Resümee der Besucher: Das Warten vor dem Schloss hat sich gelohnt!

Fotos: Kettler



Spaziergang durch die Geschichte Zeitenreise im Burggarten

150 Jahre
SCHLOSS
SCHWERIN



Dichtes Gedränge an allen drei Pfingsttagen auch im Burggarten. Rund um das Schweriner Schloss erzählten die verschiedensten Stände vom Leben in Mecklenburg bzw. Mecklenburg-Vorpommern von der Mitte des 19. Jahrhunderts bis heute. Thematisiert wurde zum Beispiel die Auswanderungswelle nach Amerika, der sich gerade in Mecklenburg aus Not viele Landeskinder anschlossen. In der Grotte konnte man sich über das Schloss in der Zeit des Nationalsozialismus informieren, und auch die Zeit nach 1945 bis hin zur Kindergärtnerinnenschule im Schloss war präsent. Ein Schmied, ein Weidenflechter, ein Kupferklempner, ein Kunstschmied und eine Modistin führten traditionelle Handwerkstechniken vor. Dicht umlagert auch der Informationsstand des Landtages und der Pavillon des Schlosses Chambord. Tourismusverband, DEHOGA und Bundesgartenschau 2009 schlossen den Kreis zum Heute. Und wer erschöpft war vom Schlendern und Schauen, den lud das Orangerie-Café zum Verweilen ein, während auf der Burggarten-Bühne die unterschiedlichsten Kulturgruppen und Solisten die Gäste unterhielten.



Fotos: Balewki



Offensive Auseinandersetzung mit Demokratie-Feinden

Landtag mit großer Mehrheit für Verteidigung der Menschenwürde

Der Landtag von Mecklenburg-Vorpommern hat sich in einer zum Teil sehr emotional geführten Debatte am 9. Mai anlässlich des Kriegsendes vor 62 Jahren für eine offensive Auseinandersetzung mit den heutigen Formen des Nationalsozialismus ausgesprochen. In einer gemeinsamen Erklärung, die von dem Vorsitzenden der Linkspartei.PDS-Fraktion Prof. Dr. Wolfgang Methling zum Beginn der Aussprache begründet wurde, unterstreichen SPD, CDU, Linkspartei und FDP, die Lehren aus der Geschichte vermitteln und Demokratie sowie Menschenwürde gegen die auch im Parlament sitzende NPD verteidigen zu wollen. LandtagsNachrichten dokumentieren nachfolgend Auszüge aus der Debatte im Wortlaut.

Prof. Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

„Deutschland braucht eine starke Demokratie“



„Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir gedenken heute eines Tages, den der damalige Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommerns Berndt Seite, CDU, in seiner Regierungserklärung am 25. Januar 1995 wie folgt bewertete: „Am 8. Mai 1945 wurde in Deutschland die nationalsozialistische Terrorherrschaft beendet. Sie war gekennzeichnet durch schlimme Rassengesetze, die Ausschaltung Andersdenkender, durch Konzentrationslager, die Entfesselung des 2. Weltkrieges, durch organisierten Völkermord. Der 8. Mai ist deshalb ein Tag der Befreiung.“ [...] Befreit wurden Menschen aus den Konzentrationslagern, befreit wurden Menschen von den Schrecken des Krieges, befreit wurden Menschen von politischer, religiöser, ethnischer Verfolgung. Befreit wurde nicht nur Deutschland, sondern die ganze Welt.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

[...] Die rot-rote Koalition führte 2001 den 8. Mai als Gedenk- und Trauertag für Mecklenburg-Vorpommern ein [...] Die Botschaft der Überlebenden „Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ ist eine Lehre des Zweiten Weltkrieges. Dieses Versprechen ist aber leider nicht eingelöst. Der Krieg kehrte nach Europa zurück. Neonazis und Rechtsextremisten bedrohen die Demokratie. Ich finde es unerträglich, dass heute die geistigen Kinder der Nazis in deutschen Parlamenten sitzen

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

und menschenverachtende und revanchistische Propaganda betreiben,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

wie wir in den letzten Monaten leider des Öfteren hören mussten und, ich befürchte, auch heute noch einmal hören müssen.

(Michael Andrejewski, NPD: Führen Sie doch einen Gulag-Gedenktag ein!)

Über 60 Jahre nach Ende der Nazidiktatur darf es nicht sein, dass Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Intoleranz und Antisemitismus wieder Eingang in die Köpfe von Menschen gefunden haben oder finden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Das Perfide daran ist, dass gerade diese Einstellungen Ursachen von Faschismus und Krieg gewesen sind. Genau deshalb, meine Damen und Herren, sagen die Demokraten: Nazis raus aus den Köpfen! Dieses Ziel ist und bleibt Hauptaufgabe aller Demokraten. Wir müssen den Menschen auch vermitteln, wir brauchen mehr soziale Gerechtigkeit, wir brauchen eine wehrhafte Demokratie. Deutschland braucht keine starken Führer, sondern eine starke Demokratie.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Wir brauchen Toleranz und Weltoffenheit. Wir brauchen vor allem Frieden.

„Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!“ muss uns Mahnung und Auftrag zugleich sein. Dieses Thema ist wie kein anderes für parteipolitische Auseinandersetzungen gänzlich ungeeignet [...] In diesem Sinne: betonen wir gerade das, was uns heute eint, betonen wir heute nicht das, was uns möglicherweise trennt! – Danke schön.“

Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff:
„Keine Toleranz für Feinde der Demokratie“



[...] Meine Damen und Herren, dass im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern überhaupt Vertreter einer Organisation mit rassistischem Menschenbild und einer großen geistigen Nähe zum Nationalsozialismus sitzen,
*(Michael Andrejewski, NPD:
 Wo sollen die denn sein? –
 Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

ist umso erschreckender, als für uns in Ostdeutschland die Folgen der Nazidiktatur doch mit dem 8. Mai nicht vorbei waren. Wir waren befreit und doch waren wir nicht frei. In der sowjetischen Besatzungszone folgte auf die Verbrechenherrschaft der NSDAP die Herrschaft der SED. Ich will und man kann beide Systeme nicht miteinander gleichsetzen,
(Raimund Borrman, NPD: Mit denen haben Sie doch zusammen regiert.)

„Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Am Dienstag vor 62 Jahren ist der Zweite Weltkrieg zu Ende gegangen. Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er befreite Europa vom Krieg und vom menschenverachtenden System des Nationalsozialismus.
*(Michael Andrejewski, NPD:
 Fragen Sie mal die Litauer!)*

[...] Fast 60 Millionen Menschen fanden durch den Zweiten Weltkrieg den Tod. Männer, Frauen und Kinder starben – als Soldaten oder als Zivilisten verhungert, erfroren, erschossen, vergast, verbrannt oder zu Tode gequält. Menschen wurden von den Nationalsozialisten verfolgt und ermordet. Dafür reichte es aus, anders zu sein, anders auszusehen, anders zu sprechen, anders zu denken. Es reichte, sich zu bekennen – zu seinem Glauben, zu seinen politischen Überzeugungen. Verfolgt wurden Juden, Sinti und Roma, Behinderte, Homosexuelle, Widerständler und bekennende Christen. [...]

Allein sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens wurden systematisch von den Nazis ermordet [...]. Die tiefe Menschenverachtung der Nationalsozialisten zeigt sich auch in ihrem perfiden Zynismus. So trug das schmiedeeiserne Lagertor in Buchenwald an der Innenseite die Inschrift „Jedem das Seine“.
 „Jedem das Seine“ – genau diese Worte fielen in diesem Jahr schon in diesem Haus in der Rede des Vorsitzenden der NPD-Fraktion zur Regierungserklärung.
(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

Pastörs hatte seine Maske wieder einmal fallen gelassen. [...]

Nach außen hin versuchen die neuen Nazis, eine schöne Fassade aufzubauen. Sie greifen lokale Probleme auf und tarnen sich in Initiativen wie „Schöneres und sicheres Wohnen“ und „Kulturkreis Pommern“.
(Beifall Tino Müller, NPD)

[...] Sie bieten Rechtsberatung an und geben Nachhilfe. Immer häufiger lassen sie aber ihre Biedermannmaske fallen.
*(Stefan Köster, NPD:
 Sie machen gar nichts mehr für die Menschen. –
 Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)*

[...] Meine Damen und Herren, es ist die gemeinsame Pflicht aller Demokraten, der widerlichen Hetze der neuen Nazis und ihren Versuchen, die Naziverbrechen zu verharmlosen, entschieden entgegenzutreten. Für die Feinde von Demokratie und Toleranz darf es keine Toleranz geben. [...]

Es ist ein deutliches Zeichen, wenn wie am 1. Mai in Neubrandenburg die Zahl der Gegendemonstranten größer ist als die der neuen Nazis, und es wichtig, ...
*(Stefan Köster, NPD: Fragen Sie mal die Polizisten! – Zurufe von Michael Andrejewski, NPD,
 und Raimund Borrman, NPD)*

Herr Köster, Zwischenrufe von Menschen wie Ihnen, die am Boden liegende Frauen mit Füßen treten, die sind hier nicht angebracht bei diesem Thema.
(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

aber ich kann sehr wohl die verstehen, die sagen, auf die Befreiung vom Nationalsozialismus folgte im Osten neue Unfreiheit. Manche mögen das in ihrem persönlichen Leben nicht so erfahren haben, doch die Verfolgung politisch Andersdenkender und von Menschen, die sich zu ihrem Glauben bekannt haben, Zwangsenteignungen, eine autoritäre Alleinherrschaft und der Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze sprechen eine deutliche Sprache.

Der Zweite Weltkrieg, der eine Folge der Nazidiktatur war, führte geradewegs zum Kalten Krieg, der am 13. August 1961 im Bau der Mauer seinen markantesten Ausdruck fand. Es dauerte bis zum 9. November 1989, als die Mauer [...] endlich wieder fiel. Wir im Osten hatten uns Demokratie und Freiheit erkämpft. Doch zum Demokraten wird man nicht über Nacht, Demokratie lernt man. [...] Auf die anfängliche Euphorie nach der Einheit folgte dann schnell eine gewisse Ernüchterung. An die Freiheit hatte man sich gewöhnt und so wurde Gleichheit wieder wichtiger. Doch Freiheit und Demokratie gibt es nur im Doppelpack. Demokratie kann Gleichheit nicht garantieren, Demokratie kann aber gleiche Chancen schaffen und das ist unsere Aufgabe.
(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Dazu gehört, dass wir auch die unbequemen Fragen und Sorgen der Menschen, zum Beispiel vor Globalisierung und möglichen Arbeitsplatzverlusten, ernst nehmen und sie nicht lediglich mit dem moralischen Verweis auf die Vergangenheit von uns weisen. Sonst überlassen wir denen das Feld, die auf diese

berechtigten Fragen ganz andere, scheinbar konkrete Antworten geben, die aber niemals Lösungen darstellen. Wir hatten diese vermeintlichen Antworten schon einmal und wir denken gerade am 8. Mai daran, wohin diese geführt haben.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Meine Damen und Herren, die angesprochene Rede des Vorsitzenden der NPD-Fraktion zur Regierungserklärung ist noch immer im Internet abrufbar. Sie trägt die Überschrift „Unsere Zeit wird kommen“. Ich rufe Sie, die demokratischen Abgeordneten in diesem Hause und alle Menschen in Mecklenburg-

Vorpommern auf, lassen Sie uns alles dafür tun, dass deren Zeit nie wieder kommt!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Das ist unsere moralische Aufgabe und das ist unsere politische Pflicht. – Herzlichen Dank.“

Hans Kreher, FDP:

„Wir Demokraten müssen zusammenstehen“



„Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieses Thema berührt mich sehr. Kriegserinnerungen kommen hoch. Wir müssen alles tun, damit so etwas, was damals geschehen ist, hier nicht noch einmal geschehen kann. Deshalb, meine Damen und Herren, wir Demokraten müssen hier zusammenstehen, wir müssen aufpassen, dass so etwas nicht wieder passiert! Wir haben 1989/90

durch eigene Kraft die Freiheit wieder errungen.

(Zuruf von der NPD: Nein.)

Das war unser Werk und wir lassen das von Ihnen nicht zerstören, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Ich sage es noch einmal: was damals zerstört wurde von 1933 bis 1945, das waren nicht nur Menschen, das war schon schlimm genug, das war aber auch ein großer Teil unserer deutschen Kultur, die Sie immer behaupten zu vertreten. Das war die Kultur von Kant, das war die Kultur von Lessing, das war die Kultur der Aufklärung,

(Zuruf von Raimund Borrman, NPD)

das war unsere Kultur, die uns eigentlich prägen müsste. Und es war ganz, ganz schlimm, dass das auch mit der Vernichtung der deutschen Juden mit zerstört wurde, denn sie, Mendelssohn, Lessing, das gehörte zusammen. Das wissen Sie gar nicht, glaube ich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns aufpassen, dass das nicht wieder hochkommt! Darum bitte ich Sie alle, auch in der Öffentlichkeit. Wir müssen da zusammenstehen, wir müssen eine wehrhafte Demokratie sein, meine Damen und Herren.“

Volker Schlotmann, SPD:

„Die Farbe Braun darf nie wieder Macht über unser freiheitliches Leben erringen“



„[...] Meine Damen und Herren, der 8. Mai als Tag des Gedenkens an das Ende des Zweiten Weltkriegs, entfacht von den Nazis in Deutschland, und damit das Ende der Herrschaft dieser menschenverachtenden Bande von Verbrechern – anders kann man das nicht bezeichnen. Ich möchte in Erinnerung rufen, eine Woche, bevor dieser 8. Mai stattfand und Deutschland, das deutsche Volk befreit wurde, haben sich Hitler und andere Mörder und Verbrecher dieser Bande ihrer persönlichen Verantwortung durch feigen Selbstmord entzogen. Das wird nämlich ganz gern verschwiegen von den Neugermanen.

Ich sage, das ist ein Beispiel für wahren germanischen Heldenmut und ein echtes Vorbild für alle, die glauben, mit ihrer verquastenen Ideologie diese Welt beherrschen zu müssen.

Heute nun stellen wir fest, dass altes Gedankengut in vermeintlich neuer Kostümierung wieder öffentlich vertreten wird, und zwar von Mitgliedern dieses Landtages, also der NPD und ihren Spießgesellen. Viele Parallelen in ihrem Agieren, meine Damen und Herren, zu den geistigen Vorvätern sind immer wieder zu erkennen. Auch wenn sie immer rumschreien, das ist nicht so und was weiß ich, kann ich dem Ministerpräsidenten nur zustimmen an der Stelle: Getroffene Hunde bellen. [...]

Wenn zum Beispiel Herr Pastörs in goebbelscher Manier und Rhetorik Reden wie zuletzt in Neubrandenburg – Herr Pastörs, Neubrandenburg – schwingt, dann ist das an sich schon schlimm genug, meine Damen und Herren.

(Stefan Köster, NPD: Waren Sie auch unter den Steinewerfern?)

Viel schlimmer, viel schlimmer, meine Damen und Herren, ist, dass er wirklich meint, was er sagt, und dass er mit seinen Truppenteilen auch so handeln würde, wenn er denn könnte. Und dann würde er keinen Unterschied, und das möchte ich wirklich hier noch einmal ausdrücklich betonen, keinen Unterschied mehr machen zwischen Sozialdemokraten, Christdemokraten, Linkspartei, Freien Demokraten, Grünen, Gewerkschaftern und, und, und. Es würden keine Unterschiede mehr gemacht werden, meine Damen und Herren.

Deshalb, meine Damen und Herren, ist es so wichtig, dass die Demokraten zusammenstehen. Damit meine ich nicht – ganz bewusst sage ich das hier – das Verkleistern aller Unterschiede in den politischen Ansichten oder die Aufgabe grundsätzlicher politischer Positionen. Das darf auch nicht passieren. Ich meine schlicht und einfach, dass wir in der Verantwortung stehen – wir, so, wie wir hier sitzen –, nicht zuzulassen, dass die Farbe Braun wieder Macht über unser freiheitliches Leben erringt. Ich gestehe allerdings auch ein, dass die Leute, die wir hier konkret im Landtag erleben, wahrlich nicht das Format haben, um unsere Gesellschaft aus den Angeln zu heben. [...]

dankengut, meine Damen und Herren, finanziert durch die Steuergelder aller, in die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Das ist die Gefahr, nicht allein die Möchtegernführer der NPD und ihres Umfeldes.

Meine Damen und Herren, mancher Bürger, auch das gehört zur Offenheit, meint und sagt das auch manchmal: Wozu soll denn der 8. Mai als Gedenktag zur Befreiung immer noch begangen werden? Lasst uns doch in Ruhe endlich mit diesem alten Kram. Wir haben 2007. Was haben wir denn damit noch zu tun? Meine Damen und Herren, die NPD sitzt hier und sackt Gelder von denen ein, die sie verjagen will. Und ihre Führer krakeelen, wie zuletzt der Fraktionsvorsitzende Pastörs, auf ihren Kundgebungen und erklären, sie wollen dieses ganze System heute, morgen oder auch in fünf oder in zehn Jahren aus den Angeln heben [...]

Rechtsextreme schüren Fremdenfeindlichkeit und Hass auf Andersdenkende, schrecken dabei vor Gewalttätigkeiten nicht zurück

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

und treten auf wehrlos am Boden liegende Frauen. Denken Sie nur an den Fall Köster, der hier immer gerne glänzt mit ziemlich banalen Zwischenrufen.

(Zurufe von Birgit Schwabs, Die Linkspartei.PDS, und Michael Andrejewski, NPD)

Ich sage Ihnen, selbst wenn es keinen anderen Grund gäbe, das alleine ist für mich Grund genug, dieses Datum als historischen Gedenktag zu begehen. Dass im Grundsatz die gleichen Ideologen wie damals heute wieder versuchen, die Demokratie abzuschaffen, und zwar, indem sie diese unterwandern und mit ihren freien Spielregeln für ihre eigenen Zwecke missbrauchen, indem ihre Vertreter diese Gesellschaft ausplündern.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

18 Jahre, 18 Jahre – noch mal für die Demokraten –, 18 Jahre zum Beispiel die Segnung des deutschen Bildungswesens, das Studium zu genießen, um anschließend mit den dabei erworbenen Kenntnissen zu versuchen, diesen Staat aus den Angeln zu heben. [...]

Ich bedanke mich

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

noch einmal bei den Kollegen der FDP-Fraktion, der CDU-Fraktion und der PDS-Fraktion, dass uns diese gemeinsame Entschließung gelungen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Das ist nicht immer ganz einfach – ich sage das hier in aller Deutlichkeit –, für alle Beteiligten. Aber letztendlich gelingt es uns dann doch, gegenüber der braunen Flut hier Stellung zu beziehen, und zwar gemeinsam.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Meine Damen und Herren, wir sollten über alles politisch Trennende hinweg erkennen, dass die Gemeinsamkeit in unseren heutigen Grundwerten von Demokratie und Freiheit besteht. Ich sage aber auch, nicht jeder Gegner der Rechtsextremisten ist dadurch automatisch ein Demokrat. Auch darüber sollte Einigkeit herrschen.

Ich möchte hier eines deutlich sagen: Wenn diese Herrschaften rechts von mir jemals wieder das Sagen bekommen würden, bin ich mir sicher, dass es dann keine monatelangen Diskussionen um ein Parteiverbot für die SPD, die CDU, die Linkspartei oder die FDP geben würde. [...]

Zum Schluss möchte ich noch einmal etwas zitieren von einer Internetseite des bekannten Störtebeker-Netztes Altermedia. Das ist ja Ihre Hausadresse sozusagen.

(Stefan Köster, NPD:

Genieren Sie sich nicht! –

Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Da will ich Ihnen einmal Folgendes sagen. Da hat am 8. Mai, also gestern, eine Veranstaltung der NPD stattgefunden – der NPD wohl-gemerkt – in Berlin unter folgendem Motto: „Gestern eine Niederlage. Heute eine Chance. Morgen ein Sieg.“ Ich will Ihnen sagen, wir werden dies zu verhindern wissen, dass Sie jemals das Wort „Sieg“ noch in den Mund nehmen können, [...]

Aber ich verspreche Ihnen, dass wir Sie mit allen Möglichkeiten aus diesem Landtag verjagen werden. Das gebührt Ihnen. – Danke.“

Udo Pastörs, NPD:

„Pharisäerhafter Antrag der Blockparteien“



„Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

[...] Die einstigen DDR-Tschekisten, wie sich die hauptamtlichen Mitarbeiter der Stasi selbst nannten, hätten den Antrag zum 8. Mai 1945 nicht pharisäerhafter formulieren können, wie Sie das von den Blockparteien hier getan haben.

[...] Hören Sie von den Blockparteien also auf zu leugnen, dass millionenfach auch nach dem 8. Mai 1945 Unschuldige, besonders Mütter, Kinder und Frauen, bestialisch ermordet wurden!

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Was sagen Sie zu den Verbrechen des Faschismus? – Zuruf von Regine Lück, Die Linkspartei.PDS)

[...] denn Befreier drangsaliieren, foltern, morden und vergewaltigen nicht. Befreier vertreiben Befreite auch nicht aus ihrer Heimat, betätigen sich auch nicht als Siegerrechtsschöpfer in Form von Kläger, Richter und Henker in einem. [...]

Wir von der NPD, und mit uns immer mehr gerade jüngere Deutsche, stehen den Worten Mahatma Gandhis in dieser Sache näher als Ihr Begehren,

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Oh Gott! – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist Blasphemie.)

als Ihr Begehren, unsere Niederlage und tiefste Erniedrigung als Befreiung begreifen zu müssen,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist unglaublich!)

als Gandhi sagte: „Den Deutschen hat man durch dauernde falsche Geschichtsdarstellungen alle Argumente zur Verteidigung und Rechtfertigung genommen.“

Dr. Armin Jäger, CDU:

„Stolz auf den gemeinsamen Antrag“



„Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Spätestens mit der Tatsache, dass jemand es wagt, in diesem Hause sich an der Ehre eines Toten, nämlich Mahatma Gandhis, zu vergreifen, Herr Pastörs, was Sie hier gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Udo Pastörs, NPD: Ich habe ihn zitiert.)

Ich habe gesagt Blasphemie. Es gibt ein schlimmeres Wort, aber das wäre unparlamentarisch. *(Zuruf von Stefan Köster, NPD)*

Und damit ich jetzt nicht in den Fehler verfalle, dass ich mich mit Ihren Äußerungen auseinandersetze, die waren nicht diskutabel, flüchte ich in ein Zitat, weil das beruhigt mich.

(Udo Pastörs, NPD: Gandhi vielleicht.)

„Ich habe“, Frau Präsidentin, möchte ich zitieren, „als ich gefragt wurde, ob ich heute ... ein Wort zu sagen bereit sei, ohne lange Überlegungen mit Ja geantwortet. Denn ein Nein der Ablehnung, der Ausrede, wäre mir als eine Feigheit erschienen“

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

„und wir Deutsche wollen, sollen und müssen, will mir scheinen, tapfer zu sein lernen gegenüber der Wahrheit, zumal auf einem Boden, der von den Exzessen menschlicher Feigheit gedüngt und verwüstet wurde.“ Das war 1952, ein Wort von Theodor Heuss anlässlich der Gedenkveranstaltung der Befreiung des ehemaligen KZ Bergen-Belsen. Ich war als junger Mensch dort [...] und ich kann Ihnen sagen, mir dreht sich der Magen um, wenn ich Ihre Bewertung dieser Geschichte höre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Wir haben, meine Damen und Herren, mit dem 8. Mai alle unsere Empfindungen. Da denken viele an die Millionen Toten natürlich, an Vertreibung, an Ekel wegen menschlicher Feigheit, auch das muss man hier einmal sagen dürfen, an Ausreden, an Ablehnung von Fremdem. Es ist einfach notwendig, dass man an die schlimmsten Verbrechen der Menschheit an der Menschlichkeit erinnert [...]

Herr Kollege Schlotmann hat gesagt, wir haben es uns nicht leicht gemacht, wir haben uns nichts geschenkt, aber wir haben uns verständigt auf einen gemeinsamen Antrag. Ich bin stolz darauf. Das ist unsere [...] Aufgabe. Das sehen wir als Verpflichtung an, weil der Schatten holt uns ein. Der 8. Mai wirft Schatten in zwei Richtungen. Auch darauf hat der Ministerpräsident hingewiesen [...]

Meine Damen und Herren, wir haben unterschiedliche Bewertungen dieses 8. Mai, natürlich, aber nicht in seiner Eigenschaft als Ende einer Gewaltherrschaft, nicht in seiner Eigenschaft als Tag der Befreiung. Das lassen wir uns auch von Ihnen, Herr Pastörs, nicht nehmen, dass die Menschen befreit worden sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Es hat eben danach in dem geteilten Deutschland eine unterschiedliche Entwicklung gegeben. Auch davor verschließen wir nicht die Augen. Aber, das sage ich jetzt an die Adresse der Kollegen von der Linkspartei.PDS, es ehrt Sie schon ein Stück, und das habe ich Herrn Holter neulich persönlich gesagt, dass Sie zu Beginn einer damaligen Koalition eine klare Erklärung zum Bekenntnis von Unrecht abgegeben haben, das die SED zu vertreten hatte. Das muss man erst mal über sich bringen, ehrlich vor der eigenen Vergangenheit zu sein. Nur das macht es mir möglich, wenn ich an diesem Pult stehe, dass ich sage „wir Demokraten“ . [...]

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Meine Damen und Herren, das nationalsozialistische Regime war in allem beispiellos: in der Brutalität, in der Konsequenz und, ja, dass mit einer fast bürokratischen Perfektion – es klingt perfide, aber es ist so – Menschen umgebracht wurden, sechs Millionen Juden allein.

Meine Damen und Herren, ich hätte vor einigen Jahren noch geglaubt, das ist so schlimm, das kann sich nicht wiederholen.

Mein Glaube ist erschüttert. Es ist schwer, nicht emotional zu reagieren, sondern zu versuchen, Vernunft zu bewahren. Wir stehen vor einer neuen Bedrohung und wir sollten das sehr, sehr nüchtern, sehr klar erkennen. Wir müssen uns mit dem auseinandersetzen, was an Gedankengut immer wieder, und es scheint mir, bewusst immer wieder Anklänge sucht in dem Völkischen, in der Ablehnung von Fremdem, in dem Dämonisieren von Ausländern und anderen Rassen dieser Erde. Meine Damen und Herren, ich habe immer geglaubt, man lernt aus der Geschichte. Sie haben gar nichts gelernt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Ich gehöre zu der Generation, die mit Verlaub gesagt nach dem Kriege Glück hatte. Ich gehöre zu denjenigen, die erfahren haben, dass Versöhnung stattgefunden hat. [...] ich gehöre zu denjenigen, die Carepakete kennengelernt haben, Carepakete, die aus Amerika kamen, damit wir Kinder was zu essen hatten.

(Udo Pastörs, NPD:

Und die Patente gingen nach Amerika.)

Und seitdem, meine Damen und Herren, und das möge vielleicht zeigen, was erlebte Hilfe ist, seitdem kann ich keine Erdnussbutter mehr essen,

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und CDU)

[...] Aber ganz ernsthaft, [...] da hat es begonnen. Da hat es begonnen und das endete auch an einem 8. Mai, der wird immer wieder vergessen. Der 8. Mai 1949 ist für mich [...] der Tag, auf den ich mich am liebsten zurückziehe und auf den ich mich am liebsten stütze. Da hat nämlich der Parlamentarische Rat das Grundgesetz beschlossen, das heute gilt in ganz Deutschland. Und über Parteigrenzen hinweg haben Demokraten Folgendes gesagt: „Das deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.“ Und [...] wir werden darum kämpfen, dass dieser Satz nicht wieder nur Papier wird,

(Udo Pastörs, NPD: Ja.)

dass dieser Satz gilt in unserem Land, in unserer Gesellschaft, unter uns und über uns selber hinweg. Wer Kinder hat wie ich und wer auch mittlerweile einen Enkel hat, der ist sehr daran interessiert, dass diese Kinder in einer freiheitlichen, demokratischen, toleranten Gesellschaftsordnung groß werden. Dafür lohnt es sich zu kämpfen

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und Sie werden es nicht schaffen – das ist meine feste Hoffnung, dafür werden wir alles tun –, diese Festen zu erschüttern. Sie sind stabil.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Vielen Dank.“



Mit einer Kranzniederlegung am Mahnmal „Die Mutter“ in Raben Steinfeld gedachten am 8. Mai Vertreter der im Landtag vertretenen demokratischen Parteien sowie der Landesregierung des Endes des 2. Weltkrieges. Renate Holznagel, 1. Vizepräsidentin des Landtages, sowie Ministerpräsident Dr. Harald Ringstorff erinnerten an die Millionen Opfer von Nationalsozialismus und Krieg und mahnnten, alles zu tun, um eine Wiederholung solcher Verbrechen zu verhindern. In Raben Steinfeld wurden am 2. Mai 1945 die Überlebenden des Todesmarsches von Truppen der Roten Armee befreit.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:

„Wir haben aus unserer Geschichte gelernt“



„Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Auch ich möchte mich dafür bedanken, dass es gelungen ist, unsere Initiative aufgreifend, eine gemeinsame Entschließung des Landtages aus Anlass des Jahrestages der Befreiung vom Nationalsozialismus und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges auf den Weg zu bringen.

Ja, Herr Dr. Jäger, wir alle haben im Zusammenhang mit dem 8. Mai unsere eigenen Empfindungen. Lassen Sie mich daher mit drei Begebenheiten beginnen:

Die erste fiel mir wieder am Montag ein während der Festveranstaltung des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge, als über die Verantwortung der deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg gesprochen wurde. Als mein Vater so alt war wie mein Sohn heute, nämlich 19 Jahre, musste er als Soldat der Wehrmacht an die Ostfront. Dort schwer verwundet, geriet er in russische Kriegsgefangenschaft, aus der er erst 1949 zurückkehrte. Über seine Kriegserlebnisse hat er kaum berichtet – aus Scham oder zur Verdrängung, ich weiß es nicht. Ich weiß aber, dass er nach der Rückkehr aus der Gefangenschaft etwas Neues, etwas Anderes wollte. Er wurde Mitglied der SED, ging zur Volkspolizei und arbeitete bis zum Eintritt ins Rentenalter als Kriminalist. Lieber Kollege Jäger, nach der undifferenzierten Lesart von Ihnen hat sich mein Vater schuldig gemacht vom Übergang der einen in die andere Diktatur. Das schmerzt persönlich und es beleidigt viele tausend Männer und Frauen der Generation meines Vaters.

Die zweite Begebenheit: Ein Regiment, in dem ich diente, trug den Namen Bernhard

Bästlein [...] Bernhard Bästlein war ein führender Funktionär der KPD und wurde von den Faschisten umgebracht. Ich habe lange gesucht, um ähnliche ...

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich habe lange gesucht, um ähnliche Namensgebungen bei Verbänden der Bundeswehr zu finden. Vergeblich. Eher bin ich auf andere Namen gestoßen und mit Ihrer undifferenzierten Betrachtungsweise vom Übergang der einen in die andere Diktatur blenden Sie diese Tatsache völlig aus.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die dritte Begebenheit: Seit vielen Jahren bin ich Mitglied im Bund der Antifaschisten. Ebenso Mitglied dieser Vereinigung ist der von mir hoch geschätzte Dr. Ulrich Rabe. Herr Dr. Rabe ist der einzige Überlebende seiner jüdischen Familie. In der DDR wie heute versucht Dr. Rabe mit all seinen Kräften, eine Wiederbelebung faschistischen Gedankenguts zu bekämpfen. Nach Ihrer undifferenzierten Betrachtung ist aber auch Herr Dr. Rabe schuld am Übergang der einen in die andere Diktatur.

[...] So aber kann und darf die Geschichte vor dem 8. Mai 1945, die Würdigung der Befreiung vom Hitlerfaschismus und die Geschichte nach dem 8. Mai nicht interpretiert werden. In der Auseinandersetzung mit dem deutschen Faschismus und seinen heutigen Nachfolgern gehören die Ursachen seiner Entstehung, die Verbrechen und Leiden des Krieges und die durch die Besatzungsmächte geprägte Entwicklung im Nachkriegsdeutschland zusammen. Jede Gleichsetzung der geschichtlichen Epochen oder eine Ver-

harmlosung ihrer Ergebnisse sind für diese Auseinandersetzung jedoch ein schlechter Ratgeber.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

[...] Herr Dr. Jäger, die undifferenzierte Beurteilung dieser geschichtlichen Epoche zielt natürlich vornehmlich auf die Linkspartei. Deshalb erkläre ich hier nochmals in aller Öffentlichkeit: Wir haben im Gegensatz zu Ihnen aus unserer Geschichte gelernt.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Respekt vor den Ansichten Andersdenkender ist Voraussetzung von Befreiung. Wir lehnen jede Form von Diktatur ab und verurteilen den Stalinismus als verbrecherischen Missbrauch des Sozialismus [...]"

(Auszüge aus dem Protokoll der Plenarsitzung des Landtages am 9. Mai 2007)

Noch mehr mit Bürgern ins Gespräch kommen

Barbara Borchardt,
Vorsitzende des
Petitionsausschusses,
über ihre Ziele



eingeräumte Ermessensspielräume zugunsten des Bürgers nicht ausgenutzt werden, Bürger nicht, fehlerhaft oder unzureichend vor der Stellung eines Antrages beraten werden, die Ablehnung von Anträgen nicht oder nicht verständlich begründet wird oder Behörden auf sonstige Art und Weise gegen den Kodex für bürgerfreundliches Verwaltungshandeln verstoßen. Wichtig für uns sind auch Vorschläge für Gesetzesänderungen oder die Neu- bzw. Abschaffung von Gesetzen, die von den Bürgern für wichtig erachtet werden. Nicht tätig werden kann der Petitionsausschuss bei privaten Streitigkeiten oder wenn die Einflussnahme auf ein gerichtliches Urteil angestrebt wird. Selbstverständlich kann der Petitionsausschuss nicht in die verfassungsrechtlich garantierte Unabhängigkeit der Gerichte und der Richter eingreifen. Ebenfalls keinen Einfluss nehmen kann der Petitionsausschuss auf Angelegenheiten, die im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung geregelt werden müssen.

Welche Ziele verfolgen Sie mit Ihrer Arbeit als Vorsitzende des Petitionsausschusses?

Der Petitionsausschuss ist für mich ein Bindeglied zwischen den Einwohnern unseres Landes und den Politikern. Es ist wichtig, dass wir die Anregungen, Bitten und Beschwerden der Bürger sehr ernst nehmen und genau ausloten, ob es sich bei der Petition um einen Einzelfall handelt oder ob sich dahinter eine generelle Problematik verbirgt, die nach einer gesetzlichen Änderung oder zumindest nach einer Änderung des Verwaltungshandelns verlangt. Dieses sollten wir dann auch auf den Weg bringen. Wir müssen mehr mit den Bürgern ins Gespräch kommen und ihnen die Gründe für unser Handeln noch besser erklären. Ich möchte die Öffentlichkeitsarbeit des Petitionsausschusses weiter verbessern. Welche Schritte dazu notwendig sind, werden wir im Ausschuss besprechen. Aus meiner Sicht sollten wir auch darüber nachdenken, den Menschen das Einreichen einer Petition zu erleichtern, zeitgemäßer zu gestalten. Ich denke da an die Möglichkeit, die es bisher in Mecklenburg-Vorpommern noch nicht gibt, eine Petition per E-Mail zu schicken.

Die Zahl der Petitionen ist im Vorjahr zurückgegangen. Heißt das, die Bürger sind zufriedener mit den Behörden?

Nein. Von den 975 Petitionen aus dem Jahr 2005 richtete sich mehr als die Hälfte gegen geplante Änderungen im Schulgesetz. Einem Landesgesetz also, zum dem sehr viele Menschen einen direkten Bezug haben – Lehrer, Eltern, Großeltern, Schüler. Vor diesem Hintergrund hatten zu dieser Gesetzesnovelle auch sehr viele Menschen eine Meinung, der sie unter anderem durch eine Petition Ausdruck verliehen. Ich denke, eine solche Form der Meinungsäußerung ist sehr zu begrüßen. Den Menschen wurde durch den Petitionsausschuss ausführlich und sachlich dargestellt, warum die neuen Regelungen von der Politik für notwendig gehalten werden und welche Ziele auf längere Sicht erreicht werden sollen. Das halte ich für wichtig.

Zurück zur Frage: Den 480 Eingaben aus dem Jahr 2005, die sich nicht ausschließlich auf die Novellierung des Schulgesetz bezogen, stehen 537 Eingaben aus dem Jahr 2006 gegenüber. So auffällig ist der Rückgang also nicht. Ein anderer Aspekt spielt ebenfalls eine Rolle. Im September 2006 fanden Landtagswahlen statt. Im Wahlkampf kamen viele Bürgerinnen und Bürger mit Politikern ins Gespräch. Auf diese Art und Weise konnte sicher das eine oder andere Problem, das sonst an den Petitionsausschuss herangetragen worden wäre, gelöst werden. Auf der anderen Seite wiesen die Politiker auf den Petitionsausschuss hin, der ja weit reichende Befugnisse hat.

Wo drückte diesmal vor allem der Schuh?

Einer der Schwerpunkte lag auch 2006 im Bereich Schule und Bildung. Dabei wandten

sich die Bürgerinnen und Bürger gegen von den Landkreisen aufgestellte Schulentwicklungspläne oder baten um die Aufnahme ihrer Kinder an örtlich nicht zuständige Schulen. Das sind Probleme, die in unserer Zeit, in der von den Eltern größtmögliche Flexibilität bei der Suche nach einem Arbeitsplatz verlangt wird, auch zukünftig eine Rolle spielen werden. Bei der Entscheidung bewegt sich der Petitionsausschuss in dem Spannungsfeld zwischen dem Grundsatz der Beschulung der Kinder in der örtlich für sie zuständigen Schule und dem häufig nachvollziehbaren Wunsch einzelner Eltern, ihre Kinder an einer anderen Schule lernen zu lassen. Immerhin hängt der Grundsatz der Beschulung in der örtlichen Schule mit so wichtigen Dingen wie Organisation des Schülerverkehrs und Weiterbestand der Schulen zusammen. Nachdem die Auswirkungen der Änderung des Rundfunkgebührenstaatsvertrages deutlich geworden sind, hat es auch im Jahr 2006 eine Steigerung von Eingaben hierzu gegeben. In Auswertung dieser Petitionen ist im Dezember ein Antrag mit einem klaren Handlungsauftrag an den Ministerpräsidenten einstimmig vom Landtag verabschiedet worden.

Und nicht zuletzt war das Kommunalabgabengesetz ein Schwerpunkt, hier nur ein Stichwort: Gebühren für Altanschießer.

In welchen Fällen kann der Petitionsausschuss helfen und wo sehen Sie seine Grenzen?

Der Petitionsausschuss kann in den Fällen helfen, in denen sich Bürger über fehlerhaftes Handeln von Behörden unseres Landes beschweren, sei es, dass Gesetze falsch angewendet werden, was glücklicherweise sehr selten vorkommt, sei es, dass vom Gesetz

Petitionsausschuss

Tel.: 03 85 - 5 25 15 10
Fax: 03 85 - 5 25 15 15



Zeitgleich zur Anhörung im Agrarausschuss protestierten Gentechnikgegner vor dem Schweriner Schloss.

Pro und Kontra

Anhörung
zur Grünen Gentechnik

Am 26. April 2007 hat der Agrarausschuss unter regem Interesse der Öffentlichkeit Sachverständige aus der Landwirtschaft, Agrarwissenschaft und Pflanzenzüchtung zum Thema „Grüne Gentechnik“ angehört. Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger verfolgten von der Besuchertribüne aus den Verlauf der Anhörung.

Ausgangspunkt für diese Anhörung war der Antrag der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/77, der während der Landtagssitzung am 7. Dezember 2006 an den Agrarausschuss überwiesen worden war. Dieser Ausschuss zeichnet sowohl für die Landwirtschaft als auch für die Umweltpolitik und den Verbraucherschutz verantwortlich – alles Bereiche, in denen die Nutzung gentechnisch veränderter Organismen (GVO) eine Rolle spielt. Der Fragenkatalog für die Anhörung umfasste die verschiedenen Themenbereiche rund um die Gentechnik. Beispielsweise ging es darum, ob gentechnikfreie Regionen einen Beitrag zur Koexistenz verschiedener Anbausysteme und zur Wahlfreiheit von Verbrauchern und Landwirten leisten können, ob gentechnikfrei wirtschaftende Agrarunternehmen und regionale Verarbeiter bevorzugt gefördert werden sollten und ob es gesicherte Erkenntnisse zu Negativwirkungen der Grünen Gentechnik auf den Tourismus und die Gesundheitswirtschaft gibt.

Wie nicht anders erwartet, prallten die Argumente der Gentechnik-Befürworter sowie die der Gegner aufeinander. Von besonderem Interesse für den Ausschuss war, dass Kritiker die angestrebte Profilierung von Mecklenburg-Vorpommern zum „Gesundheitsland Nr. 1“ bei einer weiteren Ausdehnung des GVO-Anbaus gefährdet sehen. Andere Anzuhörende hingegen versprachen sich von der Grünen Gentechnik sogar positive Auswirkungen auf die Gesundheitswirtschaft.

Der Agrarausschuss wird nun die schriftlich vorliegenden und mündlich vorgetragenen Stellungnahmen auswerten und dem Landtag zu dem oben genannten Antrag eine Beschlussempfehlung vorlegen.

Grüne Gentechnik

Es werden drei große Anwendungsbereiche der Gentechnik unterschieden:

Grüne Gentechnik:

Die Anwendung gentechnischer Verfahren in der Pflanzenzüchtung, die Nutzung gentechnisch veränderter Pflanzen in der Landwirtschaft und im Lebensmittelsektor.

Gelbe oder Rote Gentechnik:

Die Anwendung der Gentechnik in der Medizin.

Graue oder Weiße Gentechnik:

Die Nutzung gentechnisch veränderter Mikroorganismen zur Herstellung von Enzymen oder Feinchemikalien. Die Begriffe Grüne, Gelbe/Rote und Graue/Weiße Gentechnik sind keine fest definierten Bezeichnungen. Im öffentlichen Sprachgebrauch ist nur die Bezeichnung „Grüne Gentechnik“, in erster Linie unter den Befürwortern, weiter verbreitet.

(Quelle: Wikipedia)

Kontaktpflege

Europaausschuss in Brüssel

Vom 14. bis 16. Mai informierte sich der Europa- und Rechtsausschuss in Brüssel über aktuelle Themen auf der Ebene der Europäischen Union.

In Gesprächen mit Michael Zenner, Gesandter an der Ständigen Vertretung Deutschlands bei der Europäischen Union, Europaabgeordneten aus Mecklenburg-Vorpommern, Mitarbeitern der EU-Kommission und des Europa-Büros des Deutschen Bundestages sowie Vertretern der polnischen Partnerregionen wurden Kontakte geknüpft und vertieft. Dabei waren es Themen wie die integrierte Europäische Meerespolitik, das Satellitennavigationssystem GALILEO und das Erdbeobachtungssystem GMES, die für Mecklenburg-Vorpommern als Küstenland und Standort des GALILEO-Forschungshafens Rostock von herausgehobener Bedeutung sind und über die sich die Abgeordneten auf den neuesten Stand der europäischen Entwicklung bringen konnten. Von besonderem Interesse waren auch die Gespräche im Brüsseler Informationsbüro des Landes bei der EU – einer Organisationseinheit der Staatskanzlei.

Ausschussvorsitzender **Detlef Müller** resümiert: „Dieser erste Besuch in der 5. Wahlperiode hat uns gezeigt, wie wichtig es ist, auch als Landesparlamentarier das Geschehen in der Europäischen Union an den zentralen Schaltstellen mit zu verfolgen. Dazu gehört ohne Zweifel Brüssel als eine Metropole der Europäischen Union. Wir konnten uns überzeugen, dass die wenigen Mitarbeiter unseres Informationsbüros eine hervorragende Arbeit leisten. Nicht zu unterschätzen sind die persönlichen Kontakte, denn sie sind es, die am Ende des Tages zählen und helfen können, uns in Europa weiter voran zu bringen.“



Europa- und Rechtsausschuss in Brüssel – Detlef Müller, Ausschussvorsitzender (3.v.r.) bedankt sich bei dem deutschen Gesandten Michael Zenner (4.v.r.) für die informativen Gespräche.

Blickpunkt Schloss

Schloss erstrahlt bei Nacht

Es werde Licht: Mit diesem Ausspruch hatte die IHK zu Schwerin vor fünf Monaten ihre Unternehmerinitiative Blickpunkt Schloss gestartet.

Inzwischen ist die Aktion mitten in der Umsetzung. Dank der Beteiligung zahlreicher



Gemeinsam mit Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider und Schlossgeist Petermännchen alias Berthold Horn inspiert IHK-Präsident Jörgen Thiele die Strahler, die das Wahrzeichen der Stadt Schwerin auch bei Nacht ins rechte Licht rücken sollen.

Unternehmen und Privatpersonen sind in den vergangenen Monaten Sach- und Geldspenden in Höhe von ca. einem Drittel der für die gesamte Beleuchtung erforderlichen Mittel zusammengekommen. Als erster Bauabschnitt konnte damit die Beleuchtung der Dachlandschaft in Angriff genommen und zum 150-jährigen Schlossjubiläum zu Pfingsten präsentiert werden. Die offizielle Baufreigabe erfolgte am 3. Mai auf dem Dach des Schweriner Schlosses durch die Präsidentin des Landtags Mecklenburg-Vorpommern, Sylvia Bretschneider, den Präsidenten der IHK zu Schwerin, Jörgen Thiele, sowie den Schweriner Schlossgeist Petermännchen.

„Wir freuen uns über diesen Erfolg und danken allen Unternehmern sowie Einzelpersonen, die unsere Initiative bisher so aktiv unterstützen“, sagte IHK-Präsident Jörgen Thiele bei der Auftaktaktion und rief zu weiteren Spenden für die Schlossbeleuchtung auf. Sylvia Bretschneider hofft, dass spätestens zur BUGA 2009 das ganze Schloss auch bei Dunkelheit hell erstrahlen kann.

www.blickpunkt-schloss.de

Sterne strahlen wieder

1.100 Sterne verkauft – Spendenaktion geht weiter

Pünktlich zu 150. Schlossjubiläum hat der Sternenhimmel in der Schweriner Schlosskirche sein historisches neugotisches Antlitz, das er beim Umbau des Schlosses Mitte des 19. Jahrhunderts erhielt, zurückbekommen.

Möglich wurde die Sanierung durch die Spendenaktion „Kauf Dir Deinen Stern vom Himmel“. Seitdem Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider vor einem Jahr beim Schlossfest den Startschuss für diese Initiative gegeben hat, haben über 1100 Sterne Paten gefunden – 60.000 Euro flossen dadurch in die Spendenkasse. So konnte im November 2006 mit der Sanierung begonnen werden.



Die 8758 Sterne am Himmel der Schweriner Schlosskirche erstrahlen in neuem Glanz.

Zunächst wurde die Bausubstanz des Kirchengewölbes und der Säulen gesichert. Danach konnte man beginnen, den stark verschmutzten blauen Sternengrund zu reinigen. Damit die originale Farbfassung des Kirchengewölbes erhalten bleibt, wurde nur an ausgebrochenen und gerissenen Stellen farblich ergänzt. Alle 8.758 Sterne haben ihre Konturen wieder erhalten und wurden

mit Blattgold neu belegt. Insgesamt haben etwa 370 m Gewölberippen, Schlusssteine und Konsolen ihren zarten Terrakotta-Farbtönen zurück erhalten. Die Holzleisten an den Gewölberippen wurden ebenfalls erneuert und golden gefasst.

Die Restaurierung des Sternengewölbes hat insgesamt 110.000 Euro gekostet – 60.000 davon hat die Spendenaktion beigesteuert. Die Aktion „Kauf Dir Deinen Stern ...“ geht weiter. Durch den Verkauf der restlichen, nunmehr restaurierten Sterne sollen weitere Restaurierungsarbeiten in der Kirche finanziert werden.

Volksinitiative

17.000 Unterschriften für Verfassungsänderung

„Für ein weltoffenes, friedliches und tolerantes Mecklenburg-Vorpommern“ – so lautet der Titel einer Volksinitiative, die eine Verpflichtung zum Frieden und zur Gewaltfreiheit als Staatsziel in der Landesverfassung verankern möchte.

Von dieser Verfassungsänderung erhoffen sich die Initiatoren, dass rechtsextremen Aktivitäten noch wirkungsvoller begegnet werden kann. Am 8. Mai 2007 übergaben Erstunterzeichner der im Oktober gestarteten Aktion 17.354 Unterstützerunterschriften an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider. Damit haben die Initiatoren ihr Ziel erreicht, dass sich der Landtag mit ihrem Vorschlag beschäftigt. Entsprechend der Landesverfassung sind dafür 15.000 Unterschriften erforderlich.



Erstunterzeichner der Volksinitiative Erika Sembritzki und Ingo Schlüter übergaben die Unterschriften an Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider.

Jugend debattiert

Landesfinale
im Schweriner Schloss

Soll der Besuch einer Kindertagesstätte für alle Kinder verpflichtend sein? Soll Deutschland sich auf dem G8-Gipfel für die Einführung der Tobin-Steuer einsetzen? Diese beiden Themen debattierten die Regionalsieger des Wettbewerbs „Jugend debattiert“ beim Landesfinale, das am 3. Mai am Sitz des Landesparlamentes ausgetragen wurde.



Die Sieger des Landesfinales werden Mecklenburg-Vorpommern beim Bundesfinale in Berlin vertreten: v. l. Johannes Stoldt (Greifswald), Peer Klüßendorf (Rostock), Wiebke Neelsen (Wismar) und Philipp Hein (Lübz).

Erstmals hatte der Ältestenrat für das Finale den Plenarsaal zur Verfügung gestellt. „Ich finde, es gibt keinen geeigneteren Austragungsort für dieses Landesfinale als den Plenarsaal – schließlich ist das Plenum des Parlaments das Forum der demokratischen politischen Debatte“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider bei der Begrüßung der Finalisten und der rund 200 Schülerinnen und Schüler, die als Gäste dabei waren. Zugleich sei diese Raumentscheidung als Auszeichnung und Würdigung des Engagements und der herausragenden Leistungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu verstehen.

Nach zwei spannenden Finaldebatten standen die Sieger fest: Philipp Hein vom Eldenburg-Gymnasium Lübz gewann in der Sekundarstufe I (Klasse 8 – 10), Johannes Stoldt vom Friedrich-Ludwig-Jahn-Gymnasium Greifswald hatte bei der Sekundarstufe II (Klasse 11 – 13) die Nase vorn. Beide werden gemeinsam mit den Zweitplatzierten Wiebke Neelsen (Gerhart-Hauptmann-Gymnasium Wismar) und Peer Klüßendorf

(Käthe-Kollwitz-Gymnasium Rostock) Mecklenburg-Vorpommern beim Bundesfinale am 17. Juni in Berlin vertreten.

An dem bundesweit ausgetragenen Wettbewerb haben sich in diesem Jahr in Mecklenburg-Vorpommern rund 1.100 Schülerinnen und Schüler an elf Schulen in Greifswald, Rostock, Wismar und Lübz beteiligt. Seit 2005 gibt es *Jugend debattiert* auch in anderen Ländern. *Jugend debattiert international* bietet Wettbewerb und Training in deutscher Sprache in Polen, Tschechien (seit 2005), Estland, Lettland, Litauen und der Ukraine (seit 2006). In der Schweiz hat *Jugend debattiert* im Oktober 2005 begonnen.

www.jugend-debattiert.ghst.de

„Schläfst du noch – oder Jilst du schon?“

„Jugend im Landtag“ Nr. 5

80 junge Leute aus Mecklenburg-Vorpommern werden vom 2. – 6. Juli 2007 am Jugendprojekt „Jugend im Landtag“ teilnehmen und sich mit dem Geschehen in einem Landesparlament vertraut machen.

Das seit dem Jahr 2000 fünfte Angebot dieser Art organisieren wie in den Vorjahren der Landtag Mecklenburg-Vorpommern und der Landesjugendring Mecklenburg-Vorpommern e.V. gemeinsam.



„Die 15- bis 25-Jährigen werden im Schweriner Schloss mit Abgeordneten ins Gespräch kommen, diskutieren und zu politischen Themen eigene Vorschläge entwickeln“, sagte Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider vor den Journalisten der Landespressekonferenz am 15. Mai. „Wie wollen vor allem Begegnungen zwischen Jugendlichen und Parlamentariern ermöglichen. Wenn die jungen Leute am Ende die Erfahrung mitnehmen, dass sie von den Landtagsabgeordneten ernst genommen werden und ihnen zugehört wird, dann haben wir ein wichtiges Ziel erreicht.“

Neben der Arbeit in sechs Workshops stehen zwei spezielle Punkte für die Begegnung zwischen den Jugendlichen und den Abgeordneten auf dem Programm: eine Landtags-Rallye und das so genannte „Café M-V“. Bei der Rallye können die Jugendlichen nicht nur den Landtagssitz erkunden, sondern auch in Kontakt treten mit den Fraktionen, und beim „Café M-V“ diskutieren die jungen Leute mit den Abgeordneten in einem Rotationsverfahren die Themen, die sie zuvor in den Workshops bearbeitet haben.

„Wir möchten die Jugendlichen gewinnen für die Idee des Parlamentarismus und ihnen die Vorzüge und Werte unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates vor Augen führen“, sagt Sylvia Bretschneider. „Mir liegt sehr daran, dass möglichst viele junge Leute das Parlament entdecken, die dort geleistete Arbeit nachvollziehen und mit Gleichaltrigen darüber reden.“ Das Projekt ‚Jugend im Landtag‘ sei ein wichtiger Baustein der politischen Bildungsarbeit des Landtages. „Wer versteht, wie Demokratie funktioniert und welche Vorteile sie bietet, wird immun gegen extremistisches Gedankengut“, so die Parlamentspräsidentin.

www.jugend.inmv.de



Adressfeld für Abonnenten



Schloss Chambord an der Loire



Fotos: Balewki, Kettler, Chambord